

BESCHLUSSVORLAGE V0972/23 öffentlich	Referat	BGM Kleine
	Amt	Bürgermeisterin Kleine
	Kostenstelle (UA)	0030
	Amtsleiter/in	Grabowski, Melda
	Telefon	3 05- 1307
	Telefax	3 05- 1309
	E-Mail	buero.kleine@ingolstadt.de
Datum	07.11.2023	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität
Migrationsrat	06.12.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	01.02.2024	Bekanntgabe

Bericht zum Ombudsteam

(Vortrag von Frau Schwärzli-Bühler)

Bekanntgabe:

Der Bericht des Ombudsteams wird bekanntgegeben.

gez.

Petra Kleine
Bürgermeisterin

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Nachhaltigkeitseinschätzung:

Wurde eine Nachhaltigkeitseinschätzung durchgeführt: ja nein

Wenn nein, bitte Ausnahme kurz darstellen und begründen

Begründung der Ausnahme

Bei einem jährlichen Bericht zur Bekanntgabe ist keine Einschätzung nötig.

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt: ja nein

Kurzvortrag:

Im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien wurde am 13.10.2021 beschlossen, dass für die ANKER-Einrichtung Manching/Ingolstadt und deren Unterkunftsdependancen im Ingolstädter Stadtgebiet ein Ombudsteam eingerichtet wird.

Der Aktionskreis „Ingolstädter Erklärung“ hatte Ende 2020 auf Grundlage der Geschäftsordnung des Bamberger Ombudsrats einen Vorschlag für ein eigenes Ombudsteam für Ingolstadt vorgelegt. Dieser wurde von der Verwaltung überarbeitet, auf die Verhältnisse in Ingolstadt angepasst und mit der Regierung von Oberbayern abgestimmt. Die Grundlage für die Besetzung dieses Teams, die Aufgaben und die Berichte an den Ingolstädter Stadtrat bildet die Geschäftsordnung des Ombudsteams. Darin ist unter Punkt 2 jährlich ein Bericht im Migrationsrat und im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien über die Arbeit des Ombudsteams vorgesehen.

Das Ombudsteam hat seine Arbeit zum 01.12.2021 aufgenommen.

Anlage:

Bericht Ombudsteam